

Prof. Dr. Thorsten Müller

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/1887**

A05

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 17/4802

"Die einseitige Ausrichtung der Landeszentrale für politische Bildung ist zu beenden – Potentielle Aussteiger aus der linken Szene sind zu unterstützen – Opfer linker Gewalt dürfe nicht länger Opfer 2. Klasse sein"

Anhörung des Hauptausschusses am 7. November 2019

1. Vorbemerkungen zur Rolle der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen

Die Landeszentrale für politische Bildung hat gemäß ihres Auftrages eine aktive Rolle in der Vermittlung demokratischer Werte zu spielen. Unter dem Motto „Demokratie leben“ bezieht sich die Arbeit auf verschiedene Felder, die für die politische Bildung maßgeblich sind: Veranstaltungen, Publikationen, Digitale Medien, Gedenkstätten, Extremismusprävention.

Das Profil der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen bezieht sich jedoch weniger auf die Durchführung einer Vielzahl eigener Veranstaltungen, sondern die Unterstützung von über 40 Institutionen aus allen gesellschaftlichen Gruppierungen. Darüber hinaus werden auch Angebote im Rahmen einer Mobilen Beratung von Opfern rechtsextremistischer Gewalt unterstützt. Insgesamt zeigt sich die Vergabe von Mitteln an die verschiedenen Träger sehr transparent. Nach einem ersten Überblick lassen sich keine Beschwerden durch die verschiedenen Institutionen im Hinblick auf eine einseitige Unterstützung feststellen.

Es lassen sich eine Reihe von freien Trägern identifizieren, die jeweils sehr spezifische Themenschwerpunkte in dem durch die Landeszentrale gesetzten Rahmen bearbeiten. Besonders hervorzuheben sind aber die Förderungen für größere Institutionen und politische Stiftungen, die jeweils das bisherige politische Spektrum in Nordrhein-Westfalen abdecken.

Beispielsweise lassen sich mit der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., der Karl-Kaiser-Stiftung e.V. oder auch Karl-Arnold-Stiftung e.V. bürgerliche und konservativere Institutionen identifizieren, die ebenfalls ein breites Spektrum an Veranstaltungen der politischen Bildung durchführen. Die hier angesprochenen Stiftungen thematisieren sehr regelmäßig Fragen des politischen Extremismus, sowohl von links, rechts oder aus der islamistischen Szene. Diese Themen werden dann verknüpft mit neuen didaktischen Methoden, zum Beispiel die Einbeziehung von digitalen Angeboten.

Auch die Bearbeitung der Diktatur der SED in der DDR und das Erbe zweier Diktaturen finden nicht nur zu Jahrestagen statt. Die regelmäßig stattfindenden Exkursionen nach Berlin haben in der Regel auch historische Programmpunkte, in denen das Unrechtssystem der DDR thematisiert wird.

2. Zur Problematik der ‚politischen Neutralität‘ in einer Demokratie

Die Demokratie lässt im Gegensatz zu autoritären, diktatorischen oder totalitären Systemen viele Freiräume. Der Pluralismus ermöglicht ein breites Spektrum von Diskussionen und einer Bearbeitung von Themen. In diesem gesellschaftlichen Umfeld muss politische Bildung einen Beitrag dazu leisten, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch um die demokratischen Regeln und entsprechende Grenzen dieser Freiheiten wissen. Es geht dann um die Vermittlung eines gesellschaftlichen und politischen Grundkonsenses in einem demokratischen Verfassungsstaat. Der Rahmen, in der politische Bildung stattfindet, ist das Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Die politische Bildung muss – unabhängig davon, ob sie von der Landeszentrale für politische Bildung oder den finanzierten Institutionen geleistet wird – parteipolitische Neutralität wahren und Zugang für alle bieten. Das Kultivieren von Feindbildern und Trainieren von Parteiangehörigen kann und darf nicht Aufgabe von Einrichtungen der politischen Bildung sein.

Noch heute ist der Beutelsbacher Konsens von 1976 Orientierungspunkt für die Arbeit der Träger der politischen Bildung maßgeblich. Demnach gelten auch heute ein „Überwältigungsverbot“, die Berücksichtigung verschiedener Positionen und die Förderung der Analysefähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (<https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>).

Die Landeszentrale für politische Bildung hat deshalb auch den Auftrag, auf diese Grundsätze hinzuweisen und parteipolitische Neutralität und Offenheit für alle Bürgerinnen und Bürger auch aktiv einzufordern.

Andererseits darf politische Bildung in einer Demokratie nicht politisch neutral sein. Häufig wird politische mit parteipolitischer Neutralität gleichgesetzt, was allerdings verkennt, dass eine politische Neutralität auch den Staat und die Demokratie betreffen würde, um die es der politischen Bildung eigentlich geht. Insofern ist das Zeigen von Haltung und der Einsatz für Demokratie eine zentrale Aufgabe aller Anbieter von politischer Bildung – unabhängig davon, ob die inhaltliche Schwerpunktsetzung, Zielgruppe oder Didaktik geteilt wird.

3. Themenvielfalt und Schwerpunktsetzungen der Institutionen der politischen Bildung in NRW

Die Befassung mit extremistischen Entwicklungen unterliegt auch Konjunkturen, die durch die politischen, gesellschaftlichen und medialen Diskurse geprägt werden. Je nach Aktion, Terroranschlag oder sonstigen Maßnahmen extremistischer Gruppen verschiebt sich die Wahrnehmung und Aktivität staatlicher Einrichtungen oder auch Trägern der politischen Bildung.

Die Befassung mit dem Linksextremismus und Linksterrorismus lässt sich sehr gut durch die Aktivitäten der RAF seit den siebziger bis in die neunziger Jahre hinein erklären. Die Entwicklung in den neunziger Jahren im Hinblick auf die rechtsextremen Ausschreitungen an verschiedenen Orten in Deutschland hat diese Wahrnehmungen und Befassung ebenfalls verschoben. Der islamistische Terrorismus des 21. Jahrhunderts hat wiederum einen großen Teil der Aufmerksamkeit auf sich gezogen und wurde durch die

Aufdeckung des NSU zwar nicht abgelöst, ist aber dadurch etwas in den Hintergrund getreten. Die Ausschreitungen anlässlich der Einweihung des Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und des Treffens der G 20 in Hamburg im Jahr 2017 hat erneut eine andere Schwerpunktsetzung zur Folge gehabt. Auch Jahrestage können in der politischen Bildung einen wichtigen Bezugspunkt für Themenschwerpunkte bilden.

Damit politische Bildung interessant und damit auch relevant bleibt, muss das Angebot diese Interessenverschiebungen wahrnehmen und in den eigenen Veranstaltungen abbilden. Eine stichtagsbezogene Überprüfung von erschienenen Publikationen, Veranstaltungen oder Themensetzungen nimmt diese thematischen Zyklen nicht vollständig wahr.

Zusätzlich haben Veranstalter von Angeboten der politischen Bildung eigene Perspektiven, Schwerpunkte und inhaltliche Interessen, die sich in den Veranstaltungen abbilden. Es ist die Freiheit der Institutionen, diese Inhalte – im Rahmen ihres Auftrages – selbst festzulegen.

Allerdings ist auch festzustellen, dass in der Vergangenheit die Landeszentrale auf die parteipolitische Neutralität und gewissenhafte Orientierung am demokratischen Verfassungsstaat eingefordert hat und im Einzelfall auf Fehlentwicklungen rasch reagiert und eindeutige Hinweise an die jeweilige Institution gegeben hat. Dies betraf beispielsweise Publikationen, in denen missverständliche Formulierungen zu lesen waren sowie ein Plakat mit der Werbung für eine kurdische Band, deren Verfassungstreue nicht eindeutig geklärt war. Nähere Ausführungen können von der Landeszentrale für politische Bildung vorgenommen werden.

Für den Gutachter wird deutlich, dass sich die Landeszentrale in einer Vermittlerfunktion sieht, die bei einem hohen Maß an inhaltlicher Freiheit auch die Beachtung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze eingefordert. Deutlich wird ebenfalls, dass politische Bildung hier nicht als ‚politische Lenkung‘ verstanden wird.

4. Thematisierung von Extremismus in der politischen Bildung

Der Verfassungsschutzbericht des Landes gibt einen Überblick über die Anwendung von Gewalt u.a. aus dem linken, rechten und islamistischen Spektrum. Politische Bildung kann auf dieser Basis spezifische Angebote unterbreiten. Es gibt auch keinen ‚guten‘ Extremismus. Die formulierten Ziele dürfen keine Rechtfertigung für die Anwendung von Gewalt als Methode zur Durchsetzung politischer Interessen sein. Insofern muss eindeutig von Extremismus von links, rechts und aus dem islamistischen Spektrum gesprochen werden.

Auffallend ist, dass der Rechtsextremismus sowohl in der Vergangenheit als auch im 21. Jahrhundert ein Phänomen der Mitte einer Gesellschaft ist. Im Gegensatz dazu zeigt sich im Linksextremismus eine stärkere Affinität bei (vermeintlichen) ‚(Bildungs-)Eliten‘. Bis auf wenige Ausnahmen war beispielsweise die aktive als auch passive Anhängerschaft der Roten Armee Fraktion auf ein bestimmtes Milieu konzentriert.

Mit Bezug auf die gesellschaftliche Mitte hat insbesondere politische Bildung durch die Wissensvermittlung über extremistischen Gefahren und Gefährder bzw. grundsätzlich über Phänomenkenntnisse einen wichtigen Beitrag zu leisten. Hierbei kommt es insbesondere darauf an, dass das breite Spektrum von Anbietern politischer Bildung in ihren jeweils eigenen Zielgruppen adäquate Angebote unterbreitet.

Die Reichweite der einzelnen Institutionen ist jedoch auch begrenzt, sodass gerade diese Vielfalt in Nordrhein-Westfalen einen Beitrag dazu leisten kann, die gesellschaftliche Mitte zu erreichen und in den kritischen Diskurs über politische und gesellschaftliche Fragen einzubinden. Hierdurch ergeben sich allerdings auch unterschiedliche thematische Schwerpunktsetzungen und Methoden.

5. Opfer, Opfergruppen und Zielgruppen extremistischer Gruppierungen

Der Linksextremismus fällt regelmäßig durch eine Gewaltorientierung auf, die sich auf die Gegnerschaft gegenüber dem Wirtschaftssystem, dem Staat und dessen Repräsentanten bezieht und durch Angriffe gegen rechte oder vermeintlich rechte Personen sowie insbesondere gegen Angehörige der Polizei deutlich wird (Verfassungsschutzbericht NRW 2018). Die Auswahl von Opfern und Opfergruppen resultiert aus einer fundamentalen Gegnerschaft gegenüber dem Staat und dem politischen System. Die Opfer werden deshalb nicht als Individuen, sondern als Funktionsträger gesehen. Zu beobachten ist allerdings auch eine rege Teilnahme von gewalttätigen Personen, die sich nicht formal den autonomen Gruppierungen zuordnen lassen, sondern Anlässe (Einweihung des EZB-Gebäudes, G 20, Hambacher Forst) nutzen, um Gewalt auszuüben. Hierbei spielen Bildungsangebote als präventive Maßnahme keine Rolle, sondern eine Reaktion des Staates kann nur durch Konsequenz und die Durchsetzung des Rechtsstaates durch repressive Maßnahmen erfolgen.

Im Gegensatz zur linksextremistischen Gewalt lässt sich aus rechter Perspektive eine Vielzahl von unterschiedlichen Opfergruppen identifizieren. Hierbei können Angehörige von Randgruppen oder vermeintliche Angehörige von Minderheiten jederzeit und an jedem Ort Opfer werden. Die Auswahl von Opfern durch rechtsextremistische Personen oder Gruppierungen resultiert häufig auch aus unveränderlichen individuellen Merkmalen, die sich auf vermeintliche Herkunft, Aussehen, Randgruppenstatus (zum Beispiel Behinderte oder Obdachlose), Aufenthaltsstatus oder politische Meinung beziehen; auch psychische Krankheiten können Anlass für Gewaltausübung sein. Deutlich werden Akte der Willkür, zeitliche und örtliche Unberechenbarkeit und verdeckte Aktionen ohne Bekennerschaft. Der politische Mord am Regierungspräsidenten Lübke in Hessen oder der Terroranschlag von Halle markieren weitere Eskalationsstufen. Hieraus ergeben sich für die Opfer andere Notwendigkeiten der Hilfe.

Für den demokratischen Staat ist es jedoch in seinen Aktivitäten der politischen Bildung nicht ausschlaggebend, ob Gewalt von rechts, links oder aus dem islamistischen Spektrum ausgeübt wird. Sowohl repressiv als auch präventiv müssen diese extremistischen Einstellungen aufgegriffen und ihnen entgegengetreten werden.

6. Überlegungen zur Weiterentwicklung der politischen Bildung in NRW

Über den Antrag hinaus ergeben sich Diskussionspunkte, die sich auf die Weiterentwicklung der politischen Bildung in NRW beziehen:

1. Ein zentraler Punkt wird sein, wie Bevölkerungsgruppen erreicht werden können, die durch die bisherigen Angebote nicht angesprochen und aktiviert werden konnten. Unter dem Stichwort der ‚aufsuchenden politischen Bildung‘ sollten Träger der politischen Bildung mit neuen Formaten dorthin gehen, wo politische Bildung besonders schwer und herausfordernd ist.
2. Inhaltlich wäre es sinnvoll, den Vergleich unterschiedlicher extremistischer Aktivitäten von links, rechts bis islamistisch in das Zentrum der Angebote zu stellen, da gerade dann die Gemeinsamkeiten der Extremisten in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, der Wahl der Methoden und dem Umgang mit politischen Gegnern deutlich werden.
3. Die Digitalisierung der Angebote der politischen Bildung und die inhaltliche Berücksichtigung der zahllosen virtuellen Realitäten in extremistischen Subkulturen (Filterblasen) werden ebenfalls noch vertieft werden müssen. Die Auseinanderentwicklung der Wahrnehmung gesellschaftlicher Realitäten, das zunehmende Fehlen gemeinsamer Mediennutzung und damit Herstellung eines politischen Grundkonsenses machen politische Bildung zukünftig sogar noch wichtiger – und schwieriger.
4. Ziel muss es sein, den Erlebniswelten von rechts und links oder islamistisch eine ‚Erlebniswelt Demokratie‘ entgegenzusetzen. Demokratie, Freiheit, und Rechtsstaatlichkeit müssen positiv besetzt werden. Ziel muss also der positive Bezug auf eine aktive demokratische Kultur sein, anstatt auf ihre Feinde.
5. Die Frage der Verortung der Landeszentrale für politische Bildung ist zweitrangig. Die Verortung im Innenministerium würde an der bisherigen inhaltlichen Aufgabe zwar nichts ändern, allerdings – allein durch die Anbindung – in der Außenwahrnehmung eher den vermeintlich repressiven Charakter der Arbeit betonen. Die Anbindung an das bisherige Ministerium ist geeignet, den präventiven Auftrag auszuüben. Allerdings ist die Einbindung in die Hierarchie einer Bürokratie nicht immer sinnvoll und politische Bildung kann dann im Tagesgeschäft eines Ministeriums untergehen. Diskussionswürdig ist die Anbindung an das Parlament, wenn sichergestellt ist, dass die politische Bildung nicht Spielball politischer Interessen wird.

Prof. Dr. Thorsten Müller